



Nah bei den Menschen

„Näher dran“

Leitlinien für eine sozialdemokratische Kommunalpolitik
2021 - 2026

Sozialdemokratische Partei Deutschlands – Ortsverein Königslutter

Impressum

Herausgeber: Nilgün Sanli
SPD-Ortsverein Königslutter
Hirschberger Weg 5 B
38154 Königslutter am Elm

www.spd-koenigslutter.de

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger !	4
Integration - von Diversität profitieren, integrieren statt radikalisieren	7
Kernstadt und Ortschaften prägen den Charakter unserer Stadt	8
Kulturpolitik – Kultur einen Raum geben	9
Für Bildung und Betreuung – Zukunft gestalten	10
Mobilität in der Stadt – Mobilitätsbedürfnisse abdecken	12
Nachhaltige Klima-, Umwelt- und Energiepolitik	13
Königslutter als Wirtschafts- und Dienstleistungsstandort stärken - Digitalisierung ausbauen	14
Für eine sichere Kommune – Retten – Löschen – Schützen - Bergen	17
Gleichstellung von Frauen und Männern	19
Vereine und Ehrenamt – weiterhin wertschätzen, fördern, unterstützen	20
Für solide Kommunalfinanzen	22
Fazit	23

Liebe Mitbürgerinnen, Liebe Mitbürger,

am 12. September 2021 finden in Niedersachsen Kommunalwahlen statt. Mit Ihren Stimmen entscheiden Sie in Königslutter, wie sich künftig Ortsräte, Stadtrat und Kreistag zusammensetzen. Auch einen neuen Landrat für den Kreis Helmstedt können Sie wählen.

Wir möchten mit Ihnen gemeinsam die „**neue Normalität**“ nach Corona gestalten. Noch ist nicht abzusehen, wie die monatelangen Kontaktbeschränkungen unser Verhalten verändert haben, ob Unternehmen die Pandemie überstehen, Kulturschaffende ihre Existenz weiterführen können. Niemand weiß, wie Homeoffice und Distanzlernen langfristig für Veränderungen im Arbeitsleben und in der Bildung sorgen werden.

Klar ist aber, dass es zu Veränderungen kommen wird. Wir wollen sie aktiv mitgestalten. Dabei sind wir **näher dran** an ehrlichen Versprechungen und Umsetzbarkeit.

Dies stellt uns alle vor Herausforderungen, die wir mit Zuversicht gestalten können, wollen und auch müssen.

Das vergangene Jahr und die Pandemie haben uns vor große Herausforderungen gestellt. Trotz erschwelter Rahmenbedingungen haben wir die Stadt und ihre Ortschaften weiterentwickelt und der Bevölkerung Lösungen für Ihre Probleme angeboten. Wir möchten den Bereich Kindergarten und Krippen sowie Stadtentwicklung exemplarisch herausheben.

Der Neubau der Kindertagesstätte Driebergen schreitet wie geplant voran, so dass die Einrichtung zum 1. Januar 2022 betriebsfertig sein wird. Auch die Planung des Anbaus an die Einrichtung in Beienrode macht Fortschritte. Die Planungsentwürfe liegen vor und berücksichtigen den Bedarf für die Dorfgemeinschaft und den Sportverein. Mit einer weiteren baulichen Erweiterung sollen zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen werden.

Unsere Stadt wächst weiter und damit auch der Bedarf an Krippen- und Kindergartenplätzen. So bestehen unter anderem Überlegungen, in Bornum und in Ochsendorf jeweils eine 3 - 5 gruppige Einrichtung zu bauen. Diese Konzeption ist beschlossen.

Wir sind näher dran an den Bedarfen von jungen Familien.

Auf Vorschlag der SPD wurde das Einzelhandelskonzept der Stadt fortgeschrieben und die „Kleinstadtexperten“ für eine aktive Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Leben gerufen.

Die Struktur des Einzelhandels befindet sich derzeit im Wandel: Verändertes Einkaufsverhalten und der stetig wachsende Online-Handel haben massiven Einfluss auf die Attraktivität unserer Innenstädte als Einkaufsorte.

Wir wollen erreichen, dass dem seit vielen Jahren erfolgenden Strukturwandel im Handel und der Entwertung von Innenstadtlagen begegnet wird. Dazu gehört der Erhalt und die Förderung ausgewogener Versorgungsstrukturen, die Entwicklung und Sicherung von Innenstadtlagen sowie die Förderung einer wohnortnahen Grundversorgung auch für mobilitätseingeschränkte Menschen. **Dies schaffen wir nur gemeinsam: Bevölkerung, Handel, Hauseigentümer, Käufer und Politik.**

Wir haben einen klaren Kompass für unsere Stadt. Wir haben das Verständnis, die Ideen und den Mut für die notwendigen Schritte zur Veränderung.

Das haben wir vor: Wir möchten unsere Ortschaften und die Kernstadt attraktiv und liebenswert gestalten.

Wir sind **näher dran** an:

- *Frühkindliche Bildung*
- *Bildung – digital, modern, wertvoll; ein Gymnasium für Königslutter*
- *Rechtsextremen Tendenzen entschieden entgegentreten*
- *Kommunale Finanzen – mit dem Wenigen so viel wie möglich erreichen*
- *Integration*
- *Vereine und Ehrenamt*
- *Innen und Sicherheit*
- *Mobilität – Mobilitätsbedürfnisse abdecken*
- *Arbeit, Wirtschaft und Gleichstellung – Kernstadt und Ortschaften weiterentwickeln*
- *Digitalisierung*
- *Nachhaltige Klima-, Umwelt- und Energiepolitik*
- *Kultur – Kultur einen Raum geben*
- *Für eine sichere Kommune - Retten – Löschen – Schützen - Bergen*

Wir haben in den letzten 5 Jahren unter schwierigen Rahmenbedingungen Königslutter weiterentwickelt und trotz fehlender Finanzen unsere Stadt nicht ausbluten lassen. Wir haben Politik mit Augenmaß gemacht und sind weiterhin nicht an die Grundsubstanz gegangen. **Dies ist der SPD, unserem Gruppenpartner und Bürgermeister Alexander Hoppe zu verdanken.**

Für die SPD treten Menschen mit unterschiedlichsten persönlichen Erfahrungen und Kompetenzen an. Neben langjährigen Ratsfrauen und -herren finden sich auch Personen, die erstmalig kandidieren. Sie alle haben Vertrauen in ihre Heimatstadt und wollen deren Zukunft gestalten.

Wir bitten um Ihr Vertrauen – wählen Sie mit Ihren drei Stimmen die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD. Nur mit einer starken SPD können wir die gute Politik fortsetzen und uns wirksam für Ihre Bedürfnisse einsetzen.

Näher dran, heute und in Zukunft.

Ihre SPD Königslutter

Integration - von Diversität profitieren, integrieren statt radikalisieren

Königslutter ist eine Stadt der Vielfalt. Darauf sind wir seit langem stolz. In Königslutter haben Ausgrenzung, Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung wegen Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Alt- oder Jung-Sein, Befähigung bzw. Beeinträchtigungen, des sozialen Status, Religion und Weltanschauung oder welcher Merkmale auch immer keinen Platz. Wir stehen füreinander ein. Dieses Klima des Respekts, der Anerkennung, der Achtung voreinander wollen wir weiter fördern. Rechtsextremismus und völkischen Ideologien geben wir in unserer Stadt keinen Raum, deshalb wollen wir von Diversität profitieren, integrieren statt radikalisieren und setzen uns dafür ein.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten helfen solidarisch. Für uns ist das eine Selbstverständlichkeit. Deshalb kümmern wir uns weiter um Flüchtlinge, wenn sie zu uns kommen, um in unserer Stadt Sicherheit, Frieden und ein neues Leben suchen.

Gesellschaftliche Integration setzt wechselseitige Akzeptanz, Gleichberechtigung sowie Gleichbehandlung in allen Lebensbereichen voraus.

Auch werden wir weiter den Integrationsarbeitskreis „Hand in Hand“ unterstützen. Wir danken allen für ihr bisheriges Engagement und hoffen auf weitere gute Zusammenarbeit.

Diese Herausforderung können wir nur gemeinsam bewältigen.

Kernstadt und Ortschaften prägen den Charakter unserer Stadt

Eine lebenswerte, attraktive, funktionsfähige und sozial ausgeglichene Stadt ist die Grundlage für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Wie die Kernstadt prägen auch die ehemals selbstständigen Gemeinden und heutigen Ortschaften mit ihrer Geschichte, dem in den Vereinen, Verbänden und Kirchengemeinden sich widerspiegelnden Engagement der Einwohner das Bild unserer Stadt. Dies ist ein großer Wert, den es zu erhalten und weiterzuentwickeln gilt. Dabei unterstützen wir weiter die örtlichen Gemeinschaften.

Wir wollen dafür Sorge tragen, dass wir möglichst gleichwertige Lebensbedingungen in unserer Stadt und damit auch in unseren Ortschaften bekommen.

Die demografische Entwicklung zwingt die Stadtplanung, sich zukünftig auf die zunehmende Zahl älterer Menschen einzustellen. Wir wollen selbstbestimmtes Wohnen im Alter nicht nur in der Kernstadt sondern auch den Ortsteilen gewährleisten. In unserem Landkreis muss erreicht werden, dass eine zukünftige kommunale Altenhilfepolitik eine Planung vorsieht, die dieses Ziel verfolgt. **Wir setzen uns dafür ein, dass altengerecht und barrierefrei gebaut wird.** Auch dabei müssen nicht immer und kompromisslos die optimalen Standards sofort realisiert werden. Die Ausgewogenheit zwischen den Kosten und der Qualität der Wohnungen für Senioren und Menschen mit Behinderung steht im Vordergrund.

Wir setzen uns für eine geordnete Stadtentwicklung mit einem gesunden Wachstum an Bauplätzen ein. Wohnungspolitik werden wir deshalb mit der Stadt- und Regionalentwicklungspolitik verbinden. Auch werden wir vorhandenen Flächen optimal nutzen und damit die Ausnutzung intensivieren. Wir wissen auch, in Zukunft ist Bauland knapp. **Trotzdem werden wir daran festhalten, dass uns Bauträger unterstützen.**

Jeder weiß, Kinder sind das Fundament einer jeden Gesellschaft. **Wir wollen eine Stadt, die Familien mit Kindern beste Bedingungen bietet.** Eine erfolgreiche Kinder- und Familienpolitik gehört zu den Schlüsselfragen für die Zukunftsfähigkeit von Königslutter.

.

Kulturpolitik - Kultur einen Raum geben

Das kulturelle Angebot in Königslutter ist ein wichtiger und auch unverzichtbarer Bestandteil der Stadtentwicklung. Hier wird ein maßgeblicher Beitrag zur Lebensqualität unserer Einwohnerinnen und Einwohner, zur regionalen Wirtschaft und zur Attraktivität der Stadt erbracht.

Kultur soll und muss jedem unabhängig von Alter, Herkunft und Bildungsstand zugänglich sein. Es ist wichtig, dass es die unterschiedlichsten kulturellen Angebote gibt und Kultur gefördert wird. Es spielt dabei keine Rolle, ob dem einzelnen Angebot professionelle oder ehrenamtliche Tätigkeit zugrunde liegt.

Kommunale Kulturpolitik strahlt auf viele weitere Politikfelder aus und ist immer auch ein Stück Stadtmarketing.

Wir bekennen uns zu den kulturellen Einrichtungen in unserer Stadt; hier soll nur exemplarisch auf den Kulturverein, das Museum mechanischer Musikinstrumente und die Stadtbücherei hingewiesen werden.

Wo Kultur fehlt, veröden Kommunen im wahrsten Sinne des Wortes. Daher ist Kultur für uns weiterhin keine freiwillige Leistung, die man sich nur bei vollen Kassen leisten kann. **Kultur gehört zur Grundversorgung und ist ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge einer Kommune. Deshalb werden wir den Kulturverein und die Domkonzerte im Rahmen unserer Möglichkeiten weiter, auch nach der Pandemie, fördern.**

Wir werden an der Förderung unserer Museen festhalten und auch FEMO und den Nationalen GeoPark Harz, Braunschweiger Land, Ostfalen., der 2015 als UNESCO Global Geopark anerkannt wurde, weiter unterstützen.

Wir stehen fest zum **Museum Mechanischer Musikinstrumente und zum Dom- und Steinmetzmuseum.**

Wir setzen uns auch zukünftig dafür ein, dass Kultur nicht zum finanziellen Steinbruch wird, kommunale Kulturpolitik weiter Identität stiftet und Kultur in unserer Stadt weiter für alle erlebbar bleibt.

Für Bildung und Betreuung - Zukunft gestalten

Bildung ist uns ein Herzensanliegen, damit alle Menschen in unserer Stadt die besten Möglichkeiten für ihre eigene Entwicklung erhalten.

Fest steht, die Menschen sind weiterhin die wichtigste Ressource unseres Landes und unserer Gesellschaft. **Gute Bildungspolitik ist deshalb auch die Voraussetzung, dass wir auch zukünftig in einem erfolgreichen Sozialstaat leben können.**

Wir alle wissen, gute Bildung setzt in der frühen Kindheit an und dauert ein Leben lang. **Deshalb investieren wir weiter in den Ausbau von Krippen und Kitas genauso wie in den Ausbau von Ganztagschulen.**

So wird die Kindertagesstätte Driebergen zum 1. Januar 2022 fertig gestellt. Auch in Beienrode sind wir gut mit der Erweiterung des Kindergartens vorangekommen. Unsere Zukunftsplanungen für den Bau von 3 - 5gruppigen Einrichtungen in Bornum und Ochsendorf sind beschlossen und werden geplant.

Da die finanziellen Spielräume beschränkt sind, werden wir den Ausbau und die Verbesserung bestehender Angebote nicht vernachlässigen.

Wir werden uns weiterhin für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung im Kindergartenbereich einsetzen.

Gerade die CORONA- Pandemie hat einmal mehr deutlich gemacht, dass es bei der digitalen Bildung Nachholbedarf gibt und zwar in der Qualifikation von Lehrerinnen und Lehrern, in der Ausstattung der Schulen und im chancengerechten Zugang zum digitalen Lernen. Deshalb werden wir weiterhin dafür sorgen, dass unsere Grundschulen, Driebe und Hasenwinkel, in die Lage versetzt werden, digitales Lernen ohne soziale Barrieren durchführen zu können. Hier sind wir auf einem guten Weg.

Auch mit der Sanierung der Turnhalle an der Driebe verbessern wir das Angebot der Schule. Die Sanierung der Turnhalle in Neindorf gehen wir an.

Die deutsche Sprache ist der Schlüssel für Integration und Teilhabe. Deshalb richten wir mehr als 550 Sprachlernklassen in Niedersachsens Schulen ein, auch in der Driebeschule. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass auch unsere hauptamtlichen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer Weiterbildungen erhalten, damit die Hilfe und Integration gelingt. **Wir verbessern die Vermittlung in den Arbeitsmarkt, weil neben der Sprache die Erwerbstätigkeit wichtig für die Integration ist.**

Wir wollen die Schullandschaft im Rahmen unserer Gestaltungsfreiheit in Königsutter und im Landkreis Helmstedt verbessern. Für uns ist der Elternwille, die Qualität des schulischen Angebotes vor Ort und die Sicherung des Schulstandortes Königsutter sehr wichtig. Im Rahmen einer qualitätsorientierten Schulentwicklungsplanung wollen wir auch **in Königsutter mehrzügige Bildungsangebote sicherstellen.**

Die Forderung nach einem Gymnasium für Königsutter hat weiterhin oberste Priorität.

Wir werden das Umfeld für junge Familien noch attraktiver gestalten. Durch den Ausbau der Ganztagschulen erleichtern wir für Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Mobilität in der Stadt - Mobilitätsbedürfnisse abdecken

Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum, Wohlstand und soziale Integration. Mobilität und Wirtschaftsleistung sind eng miteinander verbunden. Wirtschaftliche Dynamik ist ohne Mobilität und die dazugehörige Infrastruktur in einer modernen Industriegesellschaft nicht denkbar. Umgekehrt bestimmen auch die wirtschaftliche Dynamik und damit einhergehend die Einkommen maßgeblich die Nachfrage nach Mobilität.

Mobilität der Menschen in den ländlichen Räumen zu gewährleisten, ist für uns eine Daueraufgabe der Politik. Eine Verkehrswende setzt eine durchgreifende Verbesserung des ÖPNV, aber auch eine Veränderung des motorisierten Individualverkehrs in Richtung eines Umstiegs auf alternative Antriebe voraus. In den Fokus ist auch eine Stärkung des Radverkehrs zu nehmen.

Mobilität ist Voraussetzung für ein individuelles und freies Leben. Die freie Wahl des Verkehrsmittels etwa gibt allen Bürgerinnen und Bürgern die nötige Flexibilität, um verschiedene Bedürfnisse zu befriedigen – sei es auf dem Weg zur Schule, zur Arbeit, zum Arzt, zum Einkaufen, sei es für die Freizeitgestaltung. **Es ist also unsere Aufgabe, sicherzustellen, dass alle mobil sein können.** Die Bedingungen für Mobilität entscheiden aber auch, wie attraktiv eine Gemeinde oder Stadt für ihre Bürger, insbesondere Neubürger, ist. **Deshalb muss Mobilität auch bezahlbar bleiben.**

Diese grundsätzlichen Aussagen müssen wir weiter in unsere Kommunalpolitik einfließen lassen.

Unsere Stadt braucht eine Infrastruktur, die passt. Ein lebendiges Königslutter gibt es dann, wenn wir die Erreichbarkeit unserer Ortschaften und der Kernstadt gewährleisten. **Das schaffen wir, indem wir uns u. a. für den Ausbau der Radverkehrs, des öffentlichen Nahverkehrs und des Straßennetzes einsetzen und verbessern.** Hierbei benötigt der ländliche Raum andere Konzepte als der Ballungsraum.

Wir werden auch weiterhin unsere Vorschläge in den Nahverkehrsplan des Zweckverbandes Großraum Braunschweig einbringen. Um den Umweltverbund zu stärken, setzen wir uns dafür ein, dass verschiedene Verkehrsträger wie Fahrrad, Bus und Schienenverkehr miteinander verknüpft werden.

Zur Mobilität gehört auch die Elektromobilität. Deshalb werden wir den Ausbau der dafür notwendigen Infrastruktur forcieren.

Nachhaltige Klima-, Umwelt- und Energiepolitik

Steigende Durchschnittstemperaturen (nach 2019 war 2020 erneut das heißeste Jahr seit der Wetteraufzeichnung), Starkregenereignisse oder Dürreperioden zeigen immer deutlicher die Auswirkungen und Herausforderungen des Klimawandels. Darauf muß auch Kommunalpolitik vor Ort reagieren und Lösungen vorhalten.

Trotz der Corona Pandemie bleibt daher der „Klimanotstand“, den viele Kommunen bereits ausgerufen haben, eines der zentralen und wichtigsten auch kommunalen Themen. Gerade Teile der kommenden Generation mahnen uns mit ihren Demonstrationen zu mehr und entschlossenerem Handeln.

Den Landkreisen, Städten, Gemeinden und Samtgemeinden kommt eine zentrale Rolle beim Thema Klimaschutz zu. Die Kommunen stehen dabei vor der Herausforderung, alle politischen Zielsetzungen der Sozialpolitik, der Wirtschaftspolitik, der Finanzpolitik, der Verkehrspolitik, der Mobilität, des Arbeitsmarktes, des Gewerbes und der Industrie mit zu berücksichtigen und die entsprechenden Akteurinnen und Akteure einzubinden. Darüber hinaus müssen alle politischen Ebenen EU, Bund, Länder, Kommunen, Gesellschaft auf Augenhöhe zusammenwirken. Keine Ebene kann den notwendigen Klimaschutz ohne die anderen Ebenen erreichen.

Wir wollen u. a.:

den Ausbau und die Stärkung des ÖPNV,
die energetische Sanierung kommunaler Liegenschaften und die damit verbundene Reduzierung des Energieverbrauches,
den Einsatz und die Förderung regenerativer Energien,
die klimagerechte Stadtentwicklung,
die Erstellung von Starkregenkarten,
die Erstellung von Notfallplänen, von integrierten kommunalen Hochwasserkonzepten und die Schaffung von Überschwemmungsräumen und Grünflächen,
die Umstellung des kommunalen Fuhrparks und des ÖPNV auf nachhaltige Antriebssysteme,
eine energetische Gebäudesanierung / Wärmedämmung,
die Solarisierung und Begrünung von Dachflächen und
die Reduzierung des innerstädtischen Lieferverkehrs („Letzte Meile“)

So bringen wir ein städtisches Klimamanagement auf den Weg, werden u. a. die Umsetzung des Radkonzeptes fortsetzen, den energetischen Ausbau städtischer Gebäude forcieren und uns für erneuerbare Energie einsetzen.

Königslutter als Wirtschafts- und Dienstleistungsstandort stärken - Digitalisierung ausbauen

Wir alle wissen, dass Niedersachsen durch seine regionale Vielfalt geprägt ist. Deshalb gibt es auch nicht „die Wirtschaftspolitik von der Stange“, die überall angewendet werden kann. **Wirtschafts- und Regionalpolitik muss aber den Stärken, Schwächen und Bedürfnissen der unterschiedlichen Regionen sowie der Industrie, des Mittelstandes und des Handwerkes gerecht werden.**

Deshalb werden wir weiter daran arbeiten, alle relevanten Akteure an einen Tisch zu bekommen und den Kreis breit aufstellen, um gemeinsam für unsere Stadt etwas zu erreichen: Gewerkschaften und Wirtschaft, Einzelhandel und Gastronomie, das Beherbergungsgewerbe, die Veranstaltungsbranche, das Handwerk, die Kreativwirtschaft, Bildungseinrichtungen, Kulturschaffende und Zivilgesellschaft. Auch Immobilieneigentümer und Gewerbetreibende müssen mit in die Verantwortung genommen werden.

In Königslutter „leiden“ wir unter dem wirtschaftlichen Strukturwandel, der unterschiedlichen Förderkulisse und natürlich auch unter dem demografischen Wandel. Deshalb müssen wir u. a. auch in unserer Stadt Antworten auf die Sicherung des Fachkräftebedarfes und der Nachwuchsgewinnung finden.

Grundsätze unserer kommunalen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sind, die uns verbleibenden regionalen Entwicklungschancen zu nutzen und die wirtschaftlichen Schwerpunkte auch langfristig weiter auszubauen, die Entwicklung bestehender Unternehmen in der Kommune zu fördern, die Gründung von Unternehmen zu erleichtern, bei allen politischen Entscheidungen das Beschäftigungsziel zu berücksichtigen, dem drohenden Abbau von Arbeitsplätzen frühzeitig entgegenzuwirken und die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze und sozial notwendige und gesellschaftlich sinnvolle Beschäftigungsmaßnahmen und -projekte zu initiieren und durchzuführen.

Die von Bürgermeister Alexander Hoppe praktizierte Ansiedlungspolitik, z. B. im Gewerbegebiet in Ochsendorf, werden wir weiter unterstützen.

Das z. Zt. diskutierte Gewerbegebiet „Scheppau“ werden wir nach Vorlage der Machbarkeitsstudie und Vorliegen aller Fakten beurteilen und dabei Arbeit und Umwelt in Einklang bringen. Zum jetzigen Zeitpunkt eine Aussage in die eine oder andere Richtung zu treffen, wäre voreilig und nicht begründbar.

Das von der SPD-Ratsfraktion initiierte Flächenmanagement in der Innenstadt werden wir weiter positiv begleiten und mit allen Beteiligten zum Erfolg verhelfen.

Uns ist klar, dass wegen fehlender eigener Finanzmittel eine städtische Förderung von Projekten schwierig bis unmöglich ist. Deshalb kann unser Beitrag z. Zt. u. a. nur durch die Vermittlung von Fördermöglichkeiten durch Bund und Land geschehen, weiterhin sind die notwendigen Verwaltungsvorgänge zu optimieren und zu verkürzen.

Die von Bürgermeister Alexander Hoppe initiierte Teilnahme an der ILE-Region ELM-Schunter und der LEADER-Region werden wir fortsetzen, denn beide Programme bringen erste Früchte für unsere Stadt.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Chancen der Digitalisierung in Königslutter auch genutzt werden können, denn diese eröffnet Wachstumschancen für den Mittelstand auch in unserer Stadt. Immer noch ist es ein Wachstumshemmnis für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), dass es eine teilweise schlechte Versorgung mit leistungsstarken Internetanschlüssen gerade in unserer ländlich geprägten Region gibt.

Der Umgang mit der Corona-Pandemie hat unseren Alltag erheblich verändert. Digitalisierung ist zu einer wichtigen Bedingung geworden, unser gesellschaftliches Leben trotz Lockdown und Social-Distancing in einem gewissen Rahmen aufrechtzuerhalten. Viele Verwaltungen, Unternehmen und Beschäftigte nutzen, wo möglich, das Homeoffice. In den Kommunen kann trotz der Einschränkungen die Versorgung mit Strom, Wärme und Wasser sowie die Abfallentsorgung aufrechterhalten werden. Digitales Lernen bietet auch über die Krise hinaus die Chance, neue Ansätze des Lehrens und Lernens zu integrieren.

Die Entwicklung der vergangenen Monate führt noch einmal vor Augen, wie notwendig der weitere Ausbau der digitalen Infrastruktur ist. Breitband und 5G bilden die Voraussetzung dafür, dass wir in Zukunft neue Technologien einsetzen können und keine Region abgehängt wird. Die Digitalisierung bietet die Chance für vielfältige Anwendungen in den kommunalen Handlungsfeldern, sei es im Bereich von E-Health, Rettungswesen, Bildung, Mobilität oder Mittelstandsförderung.

Es darf bei der Digitalisierung in den Kommunen keine unterschiedlichen Standards geben.

Weiterhin muss dafür Sorge getragen werden, dass allen Bevölkerungsgruppen eine Teilhabe an digitalen Leistungen ermöglicht wird. Dafür sind Programme und Initiativen zu entwickeln für öffentliche Zugänge zum Internet, zur Unterstützung von Bürger/-

innen beim Umgang mit Onlineanträgen und für die barrierefreie Gestaltung der Onlineangebote.

Wir möchten den Wohnungsmarkt in unserer Stadt weiterentwickeln und brauchen deshalb mehr bezahlbaren und passenden Wohnraum: Auch für weniger wohlhabende Menschen, Studierende, junge Familien und Seniorinnen und Senioren gibt es Bedarf.

Hierzu müssen die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Wir treten dafür ein, dass kommunale Wohnungsunternehmen auch kommunal und damit öffentlich kontrolliert bleiben. Dies ist eine der Grundvoraussetzungen, um in den Kommunen preiswerten und guten Wohnraum zu schaffen und zu erhalten.

Für eine sichere Kommune - Retten - Löschen - Schützen

Eine lebenswerte Kommune ist undenkbar ohne Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger. Das heißt für die SPD, sich überall bewegen zu können, ohne Angst, Opfer einer gegen Leib oder Eigentum gerichteten Handlung zu werden.

Unsere Antwort im Hinblick auf die tatsächlichen Sicherheitsprobleme sowie auf die Ängste der Bürgerinnen und Bürger ist deshalb ein präventiver Ansatz kommunaler Sicherheitspolitik, gepaart mit der Präsenz und Erreichbarkeit der Polizei auch in der Fläche. Dies ist für uns weiterhin die Maxime von Sicherheit. **Für die gute Zusammenarbeit mit der Dienststelle am Gerichtsweg sagen wir herzlichen Dank.**

Für uns steht fest, **Präsenz und Erreichbarkeit der Polizei müssen in unserer Flächenkommune sichergestellt sein.** Die Polizei muss für die Bevölkerung erreichbar und damit örtlich bleiben oder wieder werden. Ein gelegentliches motorisiertes Bestreifen kann diesem Anspruch nicht genügen. Dabei sind verschiedene Formen der Intensivierung örtlicher Präsenz denkbar. Die erkennbare Entwicklung, **Polizeidienststellen insbesondere im ländlichen Raum zu schließen oder in ihren Öffnungszeiten zeitlich zu begrenzen, lehnen wir deshalb ab.** Genauso klar sprechen wir uns gegen den **Einsatz von privaten Polizeihelfern und selbsternannten Bürgerwehren aus, da das Gewaltmonopol allein dem Staat gehört.**

Königslutter ist eine weltoffene Stadt. Daher erteilen wir allen antidemokratischen, rassistischen Erscheinungen eine klare Absage.

In Notlagen brauchen wir Hilfe. Dafür verfügen wir in Königslutter über eine Infrastruktur und eine ausgezeichnete Zusammenarbeit der verschiedenen Akteurinnen und Akteure: Deutsches Rotes Kreuz, Arbeitersamariterbund, DLRG und die Freiwilligen Feuerwehren.

Der Einsatz der Rettungskräfte verdient allergrößten Respekt. Ganz gleich ob es sich um

hauptamtliche Kräfte wie bei den Rettungsdiensten handelt oder bei den ehrenamtlich Engagierten in THW, DLRG und Feuerwehr: Die Männer und Frauen sind rund um die Uhr für unsere Sicherheit da, setzen unter Umständen ihr Leben auf's Spiel und sind körperlichen besonders auch psychischen Belastungen ausgesetzt.

Leitschnur unseres Handelns für die Feuerwehren ist der Feuerwehr-Bedarfs- und Entwicklungsplan, der z. Zt. fortgeschrieben wird.

Wir sehen dabei, dass es jedes Jahr eine Kraftanstrengung ist, die notwendigen Finanzmittel für Ausstattung, Gebäude und Fahrzeuge aufzubringen. Gleichwohl gilt: Wer

seine Freizeit und mithin sein Leben für die Sicherheit und Rettung anderer einsetzt, muss alle Mittel zur Verfügung haben, die dafür notwendig sind. **Der Grundsatz des Freiwilligenprinzips bei der Feuerwehr steht nicht zur Disposition.**

Gleichstellung von Frauen und Männern

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine Frage der Gerechtigkeit und deshalb für uns eine Selbstverständlichkeit. Noch immer stehen strukturelle Hürden einer tatsächlichen Gleichstellung und der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen im Weg. Wir werden Benachteiligungen von Frauen gezielt abbauen.

Wir wollen Frauen eine existenzsichernde Erwerbsarbeit ermöglichen und sie vor (Alters-) Armut schützen. Und auch Männern wollen wir Türen öffnen: Sie sollen nicht länger auf die Rolle des Alleinverdieners und Feierabendvaters reduziert bleiben, sondern ihre Chance auf Teilhabe am Familienleben wahrnehmen können. Die bestmöglichen Voraussetzungen zu schaffen für die jeweils geltenden Lebensentwürfe, das ist unser Ziel.

Wir setzen uns insbesondere für die Gleichstellung von Frauen und Männern im beruflichen Leben ein. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit darf nicht nur ein Slogan sein, sondern muss beispielweise durch verbindliche Tarifverträge verwirklicht werden. Wir achten bei der Besetzung von Arbeitsplätzen in der Stadtverwaltung darauf, dass alle Bewerberinnen und Bewerber die gleichen Chancen haben und die Auswahl nach Eignung, Befähigung und Leistung erfolgt.

Wir begrüßen, dass mit dem frauenOrt Kaiserin Richenza in Königslutter der 44. frauenOrt der landesweiten Initiative frauenOrte Niedersachsen eröffnet wurde. Damit wird ihr Wirken anerkannt. Wir erinnern, dass Richenza ihre Grabesstätte neben Kaiser Lothar III. und Heinrich dem Stolzen, ihrem Schwiegersohn, im Kaiserdom fand. Weiterhin freuen wir uns über die Entscheidung des Orsrates Kernstadt, den Weg am Dom „Kaiserin Richenza Weg“ zu nennen. Die Kenntlichmachung der Anerkennung der Leistung von Frauen in der Geschichte unserer Stadt ist richtig und soll bei Vorliegen entsprechender Voraussetzungen fortgesetzt werden.

Vereine und Ehrenamt - weiterhin wertschätzen, fördern, unterstützen

Gerade vor dem Hintergrund der durch die Bekämpfung der Corona Pandemie notwendigen Maßnahmen, insbesondere der Beschränkungen zusammen zu kommen und gemeinsam Interessen in Vereinen und Verbänden, in gemeinsamen Aktivitäten, wie Wandern, Sporttreiben oder bei kulturellen oder traditionellen Veranstaltungen wahr zu nehmen, ist die Stärkung und das Widererstarken des Ehrenamtes eine kommunalpolitisch ganz besondere Herausforderung und dazu bekennen wir uns. Wir befürchten, dass wegen dieser Beschränkungen, die ohnehin schon an Nachwuchsmangel leidenden Vereine und Verbände noch größere Schwierigkeiten haben auch in den kommenden Jahren ihr für unsere kommunale Gemeinschaft so elementares Engagement fortzusetzen. Wir befürchten, dass Vereine sich auflösen, Mitglieder verlieren und ihre Arbeit nicht mehr im gewohnten Umfang wahrnehmen können. Wir müssen neue Antworten geben und uns dem entgegenstellen

Für Sozialdemokraten in Königslutter gehört die Förderung des Sports und des Ehrenamtes zur Daseinseinsorge einer Kommune weiterhin dazu, denn Sport- und Bewegungsangebote sind für uns Gesundheitsförderung vor Ort. Auf bürgerschaftliches Engagement kann gerade in der heutigen Zeit nicht verzichtet werden. Hier muß Eigeninitiative und Kreativität täglich neu gefordert, gefördert und erfahrbar werden.

Unsere Vereine sichern und entwickeln das bürgerschaftliche Engagement. Dazu braucht es Kompetenzen und Erfahrung, die gewinnbringend ehrenamtlich für das Gemeinwesen eingesetzt werden.

Wir bekräftigen weiter: **Das Frei- und Hallenbad „Lutterwelle“ bleibt für uns ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Stadt.** Wir haben uns in der Vergangenheit für den Erhalt eingesetzt und es ist dem Ehrenamt, den Mitgliedern des Fördervereins Lutterwelle zu verdanken, dass der Badebetrieb weiter funktioniert. **Wir setzen uns für ein Angebot von Schwimmkursen ein.**

Die Sanierung bzw. den Neubau von Sportstätten werden wir weiter im Rahmen unserer Möglichkeiten vorantreiben, wissen aber auch, dass wir dafür die Unterstützung und Genehmigung der Aufsichtsbehörden brauchen. **Wir stehen weiter zu unserer Zusage, die Sport- und Versammlungsstätte Rottorf mit Allwetterplatz zu renovieren und auszubauen. Dazu werden wir Haushaltsmittel zur Verfügung stellen.**

Die schon eingeschränkte Sportförderung werden wir auch zukünftig auf eine verlässliche Grundlage stellen und **werden weiter ein Partner der Arbeitsgemeinschaft der Sportvereine sein.**

Grundsätzlich gilt: Die städtischen Sportanlagen einschließlich aller Gebäude verbleiben im Eigentum der Stadt. Die Erhebung von Benutzungsgebühren von Vereinen, die dem Landessportbund angehören, für Sportanlagen und Bäder wird grundsätzlich abgelehnt. Jugendarbeit und Übungsleiter in den Vereinen werden weiter finanziell gefördert.

In der Landtagsentschließung zur Einsetzung einer Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern – Enquetekommission Ehrenamt einsetzen“ heißt es: „Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen ist umfangreich und vielfältig. Sportvereine, soziale und kulturelle Projekte sowie die Präventions- und Integrationsarbeit werden maßgeblich von Ehrenamtlichen getragen. Außerdem sind der Zivil- und Katastrophenschutz, insbesondere die Freiwillige Feuerwehr und die Rettungsdienste, auf engagierte Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Diese Aussage tragen wir voll mit.“

Wir Sozialdemokraten bekennen uns weiter traditionell zum Ehrenamt und werden es auch in Zukunft mit Nachdruck unterstützen.

Für solide Kommunal Finanzen

Starke handlungsfähige Kommunen garantieren die öffentliche Daseinsvorsorge, tragen zu gleichwertigen Lebensverhältnissen als Grundpfeiler unseres föderalen Bundesstaates und seines wirtschaftlichen Erfolges bei und stärken den sozialen Zusammenhalt. **Für uns steht fest, lebenswerte und leistungsfähige Städte und Gemeinden sind die Basis einer demokratischen und sozialen Gesellschaft.**

Leider verfügt unsere Stadt seit Jahren über eine nicht ausreichende Finanzausstattung, u. a. hervorgerufen durch den wirtschaftlichen Strukturwandel, Wegfall der Zonenrandförderung, einer früheren schlechteren Förderkulisse gegenüber Sachsen-Anhalt und den demografischen Wandel. **Wir stehen für einen verantwortungsvollen Umgang mit den städtischen Finanzen.** Eine kurzsichtige Sparpolitik, die notwendige Investitionen lediglich in die Zukunft verschiebt, wird es mit uns nicht geben. **Dankbar sind wir der niedersächsischen Landesregierung für die Stabilisierungshilfe und Bedarfszuweisungen, die wir in den letzten Jahren erhalten haben.** Sie geben uns in der schwierigen, finanziellen Situation Entlastung.

Dennoch dürfen Kommunen durch Corona-Einnahmeausfälle nicht in eine dauerhafte Schieflage kommen. Die finanzschwachen Kommunen benötigen nach wie vor eine dauerhafte Lösung für ihre Finanzprobleme, die nur mit Unterstützung des Landes gelingen kann. Die Kommunalaufsichtsbehörden müssen Investitionen in die Infrastruktur auch bei schwierigen Haushaltslagen erleichtern und höhere Kreditlinien zulassen. Gleichzeitig dürfen die Einsparziele für die Kommunen zum Erhalt von Entschuldungsmitteln nicht so weit gehen, dass der Spielraum für freiwillige Leistungen komplett eingeschränkt wird. Dafür werden wir uns einsetzen und kämpfen.

Der föderative gemeindliche Aufbau hat von uns Entscheidungen gefordert, die zu Belastungen der Bürgerinnen und Bürger geführt haben. Es gilt für alle politisch Verantwortlichen, dass der eigene Handlungsspielraum ausgenutzt werden muss.

Wir sprechen uns daher für eine verantwortliche Haushaltskonsolidierung aus, die die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt und den sozialen Frieden vor Ort bewahrt.

Fazit

Vieles wurde erreicht, doch noch mehr liegt vor uns. Wir als Lutteraner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen die Potenziale und Chancen dieser Stadt. Wir haben Vertrauen in Königslutter und die hier lebenden Menschen. Unsere Politik richtet sich an alle, die für die positiven Seiten und die Zukunft Königslutters stehen, die gemeinsam diese Stadt weiter entwickeln wollen. Für uns heißt politische Arbeit am Gemeinwohl zu arbeiten. Unser Verständnis vom Gemeinwohl ist weit mehr als die Summe von Einzelinteressen.